

Volks-Zeitung

Verantwortlicher: Otto Kutsche, Berlin-Ceasitz

Brot 2750	markenlos	5000	Wasser obm 660
Milch 1 Liter 1780	30-Mark-Stück 350000	Zucker Pfund 1200-1400
Goldzollanlagelid 1600000				
Briketts Ztr. 16710 32110	Schlusssatz für Bücher 5000		
Strom Licht und Kraft 2000	Index für Aerzte, Berlin 5000		
Gas obm 1200	für Aerzte im Reich 2764		

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Gemüse und Obst ausreichend. Preise wenig verändert.			
Spinat 1900-2000	Spargel 5000-6000 2000-2500 d. St.	Kirschen 5000-6000
Grüne Bohnen 7000-8000	Mohrrüben 18000-20000	Stachelbohnen 18000-20000
1500-2000 das Pfd.	Bismarkohli 1000-1100	Rhabarber 1100-1200
5000-5500	Salat 230-250 der Kopf. 800 das Pfd.	Pfefferkörner 7600, ohne Kn.
Kohlraut 3000-3500 d. Mdl.	Gurken 500 das Pfd.	

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Stroasenbahn 600	Umsteige 500	Post-Ort 20	Fern u. Ost. 40	Ausl. 140
Hochb. II. 450	600	III. 350	450	150
Stadtbahn II. 600	III. 400	Brief Ort 40	Fern u. Ost. 100
Omnibus Teil 600	ganze Sitz 800	Ausl. 300	Teichl. u. Ung. 240	Telegr. 240
Droschke: Kr. x 10000	Pf. x 7000	Telegr. 240	W. Grundbes. 120	n. Ausland je nach Wahrung

Dollar: 130000

Dr. Birkens hat seine geplante Oberhaute über die Lage im Ruhrgebiet veröffentlicht. In England beabsichtigt man die Bildung eines konföderierten liberalen Blocks gegen den Sozialismus.

Poincaré hat angekündigt, daß er bereit sei, im Laufe der kommenden Woche im Senat eine Rede über die Innenpolitik aufzunehmen.

Die ukrainischen Kommunisten haben in Iwaler Now antirussische, nationale Forderungen an Moskau gerichtet.

Auf Grund des Landrats verträge der Völkervereinigung in Gent die Behandlung der Saarfrage auf den 2. Juli.

Präsident Harding unterzeichnete das mit Groß-Britannien geschlossene Abkommen zur Regelung der Schulden an die Vereinigten Staaten.

Der Völkervereinigung tritt sich am 2. Juli zu seiner nächsten Sitzung zusammen, auf der auch die Saarfrage erörtert werden soll.

In offiziellen englischen Kreisen glaubt man, daß die Sachverständigen für die Tangentferenz Ende dieser Woche zusammenzutreten werden.

Zur Vermehrung vor dem Untersuchungskommission für die Marktschließung waren heute der Leiter des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Dr. Bornstein und der Direktor der Lebensversicherungsgesellschaft, Gleimius, erschienen.

Der Austausch des Reichsschatzes erfolgt die Beratung einer Verordnung über die Erhöhung der Höhe von einflussreicheren Einkommen bei der Lohnsteuer.

Die Arbeiter haben eine geschlossene Front gegen die englische zionistische Politik gebildet.

Der russische Rat des Volkskommunismus hat die Befreiung des Handels auf der diesjährigen St. Petersburger Weltausstellung für die folgenden fünf Jahre und die zionistische Politik gebildet.

Der Schweizer Nationalrat sprach der Regierung für ihr Vorgehen im Fall Vorostski das Vertrauen aus.

Am Dienstagabend hat eine Debatte zwischen den Parteiführern und dem Reichstag stattgefunden, die ausschließlich der Frage galt, in welcher Weise der sechsprozentige Betrag der Zwangsanleihe, der bekanntlich zur Verbilligung des Botes für Minderbemittelte erhoben werden soll, wertbefähigt angelegt werden kann. Zum Abschluß sind diese Debatte nicht gelangt.

Zwischen der französischen und der belgischen Auffassung in der Verantwortung des englischen Fragebogens bestehen, wie Vertinau im „Echo de Paris“ ausführlich gewisse Verschiedenheiten. Danach sei ein Antwort Frankreichs an das Foreign Office bisher noch nicht abgegeben. Nebenbei sei der Wortlaut der Antwort an England in Brüssel nicht schriftlich vorgelegt worden. Nur bei Besprechungen, die der französische Botschafter in Brüssel, Maurice Berthelin, in den letzten Tagen in Paris hatte, habe er Instruktionen von Poincaré erhalten, die er der belgischen Regierung übermitteln sollte, damit diese die französischen Standpunkte kennen lerne.

Die neue Stützungsaktion

Die von der Reichsregierung aufgenommenen Verhandlungen über Maßnahmen gegen die weitere Sturz der Welt wurden, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, heute nachmittag im Reichswirtschaftsministerium fortgesetzt.

Immer noch Streit in Brandenburg

Der Streit in der Brandenburg Metall- und Textilindustrie ist noch immer nicht beendet. Die Abstimmung am Montag hat eine geringe Mehrheit für Fortführung des Streiks ergeben. Seit gestern macht sich jedoch unter den Streikenden eine verstärkte Bewegung gegen die Arbeitswilligen geltend. Vor den Fabriken, in denen die Arbeitswilligen arbeiten, sind verstärkte Streikposten aufgestellt, die die Arbeitswilligen am Betreten ihrer Arbeitsstelle zu verhindern suchen und dabei auch mit Gewalt vorgehen. Vor einem großen Brandenburger Werk wurden am gestern Dienst nachmittag zum Arbeitsstillstand die herausströmenden weiblichen Arbeiterinnen von den Streikposten so bedrückt und tätlich angegriffen, daß die blaue Polizei eingreifen mußte und die Streikposten entfernen mußte. Infolgedessen sind heute in einigen Werken weniger Arbeitswillige erschienen, während in anderen Fabriken, wo der Terror sich weniger bemerkbar macht, ein größerer Teil der Belegschaften heute früh die Arbeit wieder aufgenommen hat. Demonstrationen bleiben nach wie vor verboten; die Brandenburger Polizei und die hinzugezogene Potsdamer Gendarmerei liegen noch in Bereitschaft bis zur völligen Beendigung des Streiks.

Araber gegen Zionisten

Weiter meldet: Nach einer bei der nationalen politischen Liga in Jaffa eingetragenen Mitteilung fordert die arabische Konferenz den Verzicht auf die zionistische Politik und die Einsetzung einer unabhängigen nationalen Regierung.

Die „Wahlen“ in Angola

Nach Wittermeldungen aus Konstantinopel nehmen die allgemeinen Wahlen zur Nationalversammlung von Angola einen normalen Verlauf. Überall sind die Mandate den demokratischen Kandidaten zugefallen.

Ein Sturm gegen Rheumatismus

Die medizinische Abteilung der Universität New-York teilt mit, daß sie ein Mittel gegen Rheumatismus entdeckt hat. Die Behandlung der Krankheit besteht in einer Reihe von Einspritzungen eines Streptokokkenextrakts, das den Namen „Tridin“ erhalten hat.

Getrennte Antwort Brüssels an London

Die Verschiedenheiten der belgischen und französischen Auffassung Das Frankreich unter Einstellung des „passiven“ Widerstandes versteht

London, 20. Juni. (G.A.) Der Korrespondent der „Times“ in Brüssel teilt mit, daß der Plan für die Antwort der belgischen Regierung auf das englische Memorandum über die Aufgabe des passiven Widerstandes heute nach Paris übermittelt werde. Die der Korrespondent bezieht, schließt sich die belgische Regierung der französischen Auffassung an, ist jedoch der Meinung, daß sie an die englische Regierung eine gesonderte Antwort richten müsse. In dem englischen Memorandum befindet sich ein Punkt, der Belgien nicht direkt interessiert und dadurch habe sich die belgische Regierung veranlaßt gesehen, getrennte Noten auszusprechen.

„Von grundlegender Wichtigkeit ist augenblicklich in Europa, daß eine Regelung der Ruhrfrage erfolgt. Soweit ein Mensch irgend etwas tun kann, werde ich meine ähuferten Anstrengungen an, um sie zustande zu bringen. Die Lage im Ruhrgebiet berührt die industrielle Lage Englands nachteilig, und je eher sie geregelt wird, desto besser ist es.“

Kaut „Times“, die ebenso wenig wie die übrigen Blätter die obige Meldung des „Daily Express“ enthalten, wurde mit Bezug auf die Zusammenkunft die größte Verschwiegenheit gewahrt. Die Abordnung sei erst nach dem feineren Bericht über die Unterredung zu geben.

Paris ersehnt eine Begegnung Baldwin-Poincaré

Der Sturz des französischen Fronten - Die Isolierung Frankreichs

London, 20. Juni. (W. L. B.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, man wünsche in Paris, den Zeitpunkt eines Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin schneller herbeizuführen. Man sei der Ansicht, daß alles besichtigt werden müßte, was die Herstellung eines Einvernehmens mit Großbritannien vergrößere, der französische Fronten falle. In den besten Banketten sei sich angenommen worden, daß die Franzosen wohl in der Lage wären, den Frances bis Mitte Juli vor Schwankungen zu bewahren, daß er aber nach dieser Zeit außer Kontrolle geraten würde, wenn keine Regelung in Aussicht stehe. Das Fehlen des Fronten in den letzten Tagen scheine darauf hinzuweisen, daß dieser kritische Augenblick vielleicht früher kommen werde, als erwartet worden sei. Weiter sei eines klar geworden, daß, was sich auch immer in Belgien ereigne, die französische Regierung nicht länger an der vorbehaltlose Unterstützung Belgiens rechnen könne. Die Ruhrpolitik, wie sich bisher entwickelt habe, sei von den belgischen Ministern im Januar niemals in Aussicht genommen worden, und es sei nach ihrer Ansicht wesentlich, daß irgendwelche Ergebnisse erzielt würden. Die belgische Forderung nichts habe die Franzosen seit dem Waffenstillstand so sehr berührt, wie die Möglichkeit der Absonderung Belgiens. Ein weiterer wichtiger Faktor sei das wachsende Gefühl in Frankreich, daß ein neuer Versuch mit Großbritannien nicht wieder gut zu machen sein könnte.

Serbé sieht den Rechtspuffich kommen

Paris, 20. Juni. (G.A.)

In der „Victoire“ beschäftigt sich Serbé mit dem Zusammenbruch der deutschen Währung. Er schreibt, daß durch diesen Zusammenbruch ein monarchistischer Staat Frankreich in Deutschland fast unvermeidlich geworden sei. Deutschland sei in eine katastrophale Finanzlage geraten. Der Bankrott sei unvermeidlich geworden und Serbie, die so naiv seien, für Deutschland Darlehen zu geben, gäbe es nicht mehr. Das einzige Mittel, Deutschland zu retten, sei die Sanierung seiner Finanzen, aber nur eine energische Regierung könne in Deutschland sowohl den Arbeitern, als auch den Industriellen und Grundbesitzern die notwendigen Lasten auferlegen.

Der deutsche Arbeiter sei durch den Klassenkampf allzu sehr verhetzt und die Industriellen, Bauern und Großgrundbesitzer seien alle als Idealtypen gefaßt und würden, wenn sie Opfer bräuten, die nur auf sich nehmen, nicht etwa um Frankreich die Schulden zu bezahlen, sondern um den Versailles Vertrag zu bezahlen, indem sie den Verhandlungen auf freundschaftlichem Wege zustande sich keine Regierung mehr Gehorjam verschaffen, und diejenigen, die ernsthaft gewillt seien, die Schulden an Frankreich zu bezahlen, hätten das Schicksal Erzbergers und Rathenau zu erwarten. Die einzige Macht in Deutschland seien die 100 000 Mann der Reichswehr, die Polizei und die Geheimverbände. Es müsse ein Wunder geschehen, wenn diese Leute darauf bestanden sollten, der Verlockung zu unterliegen, die Monarchie wieder herzustellen. Da mit einem ernsthaften Widerstand der deutschen Arbeiter nicht zu rechnen sei, werde dieser Streik auch gelingen. In Frankreich würden dann die Kommunisten, Sozialisten und die bürgerlichen Radikalen schreiben, durch den Einmarsch Frankreich in das Ruhrgebiet sei der monarchistische Staat Frankreich in Deutschland verursacht worden, und Vichy-Georgie würde in das gleiche Horn blasen. Wenn die französische Regierung sich dann für ergeben wolle, dann ließen sie die französischen Interessen und das Wohl der belgischen Arbeiter und würden auf den Staatsstreik mit der Unabhängigkeitserklärung des Rheinlandes antworten, indem sie gleich

Heute Kabinettsrat in London

Noch keine Regierungserklärung

Nach dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ ist für heute ein Kabinettsrat einberufen worden, und es verlautet, daß die Reparationsfrage weiter erörtert werden soll. Es sei jedoch klar, daß nach Ansicht der Regierung der Augenblick noch nicht gekommen sei, um eine offizielle Erklärung bezüglich der britischen Politik vorteilhafterweise abzugeben werden könne.

Eine neue Koalition in England?

London, 20. Juni. (G.A.)

Der frühere Luftschiffahrtsminister im Kabinet Lloyd George, Gueck, sprach sich gestern auf einem Bankett für eine neue Koalition zwischen Liberalen und Konservativen aus, um den gemeinsamen Feind, den Sozialismus, zu bekämpfen. Der „Daily Telegraph“ warf er vor, mit den Sozialisten zu liebäugeln, obwohl sie Gegnerin der Kapitalbesetzung und der Sozialisierung sei. Die Rettung Englands werde nur in einer Koalition zwischen Konservativen und Liberalen bestehen, die den Sozialismus bei den nächsten Wahlen nicht schlagen könnten, wenn sie getrennt marschieren. Infolgedessen müsse die Koalition vor den Neuwahlen wieder aufleben.

Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ zufolge

gab der Premierminister Baldwin gegenüber Vertretern der Arbeiterpartei und des Bergarbeiterverbandes, die ihn gestern aufsuchten, um mit ihm die Frage der Kohlenindustrie zu erörtern, folgende Erklärung ab: